Das „Reichskommissariat Ostland“. Tatort und Erinnerungsobjekt: Konstruktionen

Veranstalter: Sebastian Lehmann; Robert Bohn; Uwe Danker; Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte, Universität Flensburg

Datum, Ort: 28.05.2009–30.05.2009, Flensburg

Bericht von: Armin Nolzen, Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus

Das Reichskommissariat Ostland (RKO), das wenige Wochen nach dem Beginn des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion am 17. Juli 1941 gebildet wurde und Lettland, Litauen und Estland sowie den größten Teil der westlichen weißrussischen Gebiete umfasste, war ein Kernterritorium des Holocaust. Schätzungsweise eine Million Juden wurden dort zwischen Juni 1941 und August 1944 ermordet, darunter mehr als 50.000 aus dem Deutschen Reich in die Ghettos Riga und Minsk Deportierte. Der Massenmord vollzog sich in drei Phasen: der kurzen, etwa zwei Wochen umfassenden Zeitspanne zwischen dem Abzug der Roten Armee und der Errichtung der NS-Zivilverwaltung, als die besetzten Gebiete noch unter Hoheit der Wehrmacht standen, der zweiten Tötungswelle bis zum Winter 1941/42, der die größeren jüdischen Gemeinden zum Opfer fielen, sowie einer dritten Welle des Mordens, die im Frühsommer 1942 anlief und in erster Linie die auf dem Land ansässigen Juden und kleinere Ghettos betraf. Als Täter fungierten Einheiten der Wehrmacht, einheimische Milizen, die später in Hilfspolizei-Verbände überführt wurden, die Einsatzkommandos der Einsatzgruppe A, die von autochthonen Schutzmannschaften unterstützt wurden, und Bataillone der Ordnungspolizei, die aus dem Deutschen Reich in die besetzten Gebiete abkommandiert worden waren. Der Judenmord im RKO war ein arbeitsteiliger Prozess, an dem Militär- und Zivilverwaltung, Polizei und SS und einheimische Verbände beteiligt waren, wengleich in unterschiedlichem Maße und mit gestuften Verantwortlichkeiten.

Ein Großteil der NS-Vernichtungspolitik im RKO fand unter der Ägide der Zivilverwaltung statt, an deren Spitze der schleswig-holsteinische Oberpräsident und Gauleiter

Hinrich Lohse stand. Als Reichskommissar verfügte Lohse über 5.000 zivile Mitarbeiter, die ein Territorium von der Größe der heutigen Bundesrepublik Deutschland mit neun Millionen Einwohnern beherrschten. Viele der leitenden Verwaltungskräfte kamen aus Lohses Heimatgau, so die Abteilungschefs der Behörde des RKO, die in Riga residierte. Von den insgesamt 57 Gebietskommissaren, die die unterste deutsche Verwaltungseinheit im RKO bildeten, stammten immerhin 15 aus Schleswig-Holstein; viele hatten dort Erfahrungen als Kreisleiter der NSDAP gesammelt. Insofern ist es nur folgerichtig, dass sich das Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte (IZRG), das mittlerweile der Universität Flensburg eingegliedert ist, schon seit geraumer Zeit um die Erforschung der Geschichte des RKO bemüht, indem sie diese mit der Analyse des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein verzahnt. Die Tagung, die das IZRG in Zusammenarbeit mit dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt und dem Deutschen Historischen Institut Warschau vom 28. bis zum 30. Mai 2009 an der Universität Flensburg abhielt, diente dazu, eine Bestandsaufnahme der bisher geleisteten Forschung vorzunehmen und auszuloten, inwieweit eine Synthese der Geschichte des RKO möglich ist. Zu diesem Zweck hatten die Veranstalter zwei Themenblöcke konzipiert: Zum einen ging es um das RKO als Schauplatz von NS-Massenverbrechen, zum anderen um dessen Rolle als Erinnerungsobjekt. Die Realgeschichte der NS-Okkupation sollte also mit jenen Narrationen über das RKO verbunden werden, die nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden.

Im ersten Themenkomplex, der aus insgesamt acht Vorträgen und einem Abendvortrag von Wolfgang Benz (Berlin) zum Holocaust im Baltikum bestand, rückte das RKO als Tatort ins Zentrum. Erörtert wurden die Vorbereitung des Feldzuges gegen die Sowjetunion und die Etappen der Judenvernichtung im Baltikum, die Errichtung einer NS-Zivilverwaltung, an deren Spitze Alfred Rosenbergs Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete stand, die Reaktionen der litauischen, polnischen und weißrussischen Nationalisten im Gebiet um Vilnius auf die Okkupation, die Zusammenarbeit deutscher mit li-

tauischen Archäologen bei ihrer Suche nach den „arischen“ Ursprüngen des Baltikums, die NS-Sprachenpolitik im Generalkommissariat Weißruthenien, die Konflikte zwischen den Volksgruppen in der lettischen Region Latgalen und die Rekrutierungsversuche der Waffen-SS im RKO. Aus den facettenreichen Referaten wurde zweierlei deutlich. Einerseits sind Begriffe wie „Kollaboration“, „Akkommodation“ oder „Attentismus“, die aus der NS-Besatzungspolitik in Westeuropa stammen, nicht dazu geeignet, das changierende Verhalten und die fluktuierenden Bündnisse einheimischer Bevölkerungsgruppen zu beschreiben. Andererseits fördern regionale und lokale Tiefenbohrungen wichtige Unterschiede zu Tage, wenn es um die Intensität der Zusammenarbeit zwischen den deutschen Besatzern und den einheimischen Verwaltungen bei der Judenverfolgung oder der „Partisanenbekämpfung“ geht. Es scheint daher viel versprechender zu sein, die jeweiligen Konstellationen zu beschreiben, bevor man sie vorab in ein analytisches Raster presst. Eine Verhaltensgeschichte der autochthonen Gesellschaften im RKO bedarf neuer Herangehensweisen und Konzepte, die sich bislang allerdings erst in Umrissen abzeichnen.

In den darauf folgenden Diskussionen wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass für die Beurteilung der Verhaltensweisen der einheimischen Bevölkerungen sowohl die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, der den drei baltischen Staaten die Unabhängigkeit von der gerade neu entstandenen Sowjetunion gebracht hatte, als auch die sowjetische Terrorherrschaft, die sich als Folge des Hitler-Stalin-Paktes zwischen dem Sommer 1940 und dem Sommer 1941 im Baltikum entwickelte, berücksichtigt werden müssten. Die Konflikte zwischen Polen, Litauern und Weißrussen, die seit dem Ersten Weltkrieg um eine Stadt wie Vilnius tobten und als Beispiel für längerfristige mentale Prägungen angeführt wurden, stellen jedoch noch keine hinreichende Erklärung für die spätere Eskalation der Gewalt unter der NS-Herrschaft dar, insbesondere nicht für die Ermordung der örtlich ansässigen Juden. Ähnliches gilt für die Politik der Sowjetisierung, die den litauischen, lettischen, estnischen und weißrussischen Nationalismus 1940/41 zweifellos hat-

te erstarren lassen und oftmals als Ursache für die antijüdischen Gewalttaten einheimischer Untergrundmilizen angeführt wird, die sich in den beiden Wochen zwischen dem Abzug der Roten Armee und der Errichtung der NS-Zivilverwaltung insbesondere in Litauen und Lettland Bahn brach. In diesem kurzen Zeitabschnitt scheint sich die Gewaltdynamik mehr aus situativen Gegebenheiten denn aus früheren Negativerfahrungen mit der sowjetischen Repression gespeist zu haben, die für die einzelnen Gewalttäter, nicht zuletzt aus methodischen Gründen, empirisch schwer nachzuweisen sein dürften. Lohnenswerter erscheinen insofern „dichte Beschreibungen“ der Gewaltdynamiken selbst.

Den zweiten Schwerpunkt der Tagung bildete der Wandel der RKO zu einem Erinnerungsjekt nach 1945. Im Mittelpunkt standen die juristische Aufarbeitung der NS-Vernichtungspolitik, wie sie zum Beispiel in den Vernehmungen Hinrich Lohses, im Verfahren gegen den lettischen Selbstschutzangehörigen Viktor Arajš und bei der unterbliebenen Strafverfolgung von 250 nach Schweden geflohenen litauischen, lettischen, estnischen und deutschen Kriegsverbrechern erfolgte, und die Entwicklung der Geschichtsschreibung über das RKO. In den allermeisten der insgesamt neun Vorträge wurden mehr Befunde als Interpretationen präsentiert und die aktuellen Debatten über Geschichte und Gedächtnis nur gestreift. Jedoch verfestigte sich der Eindruck einer Wechselwirkung zwischen Gerichtsverfahren, Tätererzählungen und Geschichtsschreibung, aus der seit den späten 1950er-Jahren eine eigentümlich einseitige, wenn nicht gar täterzentrierte Sicht des RKO resultierte. Auffällig ist jedenfalls dessen fast vollständige Vernachlässigung in der deutschen Historiografie, die, wenn sie sich überhaupt mit dem RKO befasste, meist auf apologetische Autobiografien ehemaliger Angehöriger des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete zurückgriff. Demgegenüber ließ sie die Erinnerungs- und Zeitzeugenberichte jüdischer Überlebender, die seit Anfang der 1950er-Jahre in großer Zahl vorlagen und das Mordgeschehen im Baltikum und in Weißrussland schonungslos thematisierten, unberücksichtigt. Die Atem beraubende Ignoranz, welche die nicht nur in die-

ser Beziehung wenig professionelle Historiografie solchen Zeugnissen lange Zeit entgegenbrachte, ist zwar bekannt, aber auch erklärungsbedürftig. Dazu ist ein Rekurs auf neuere Ansätze der Wissenschaftsgeschichte vonnöten, der nicht zuletzt auch dazu beitragen könnte, die allenthalben dominierende moralische Empörung über Versäumnisse früherer Historikergenerationen durch eine kritische Analyse abzulösen.

Alles in allem wurde aus den Vorträgen und den Diskussionen deutlich, wie groß der Forschungsbedarf zum RKO noch immer ist. Desiderate bestehen insbesondere im Hinblick auf die Geschehnisse der ersten Wochen der Besatzung, die Rolle der Wehrmacht nach der Errichtung der Zivilverwaltung sowie bei den Verbrechen auf den Rückzügen, die Wissenschafts-, Kultur- und Religionspolitik und die Arbeitsweise der einheimischen Verwaltungen und der NS-Okkupationsorgane auf regionaler und lokaler Ebene. Die Generalkommissariate Estland und Weißruthenien, die bei der Tagung kaum in den Blick gerieten, sind zudem noch vergleichsweise rudimentär erforscht. Aufgrund des Sprachenproblems – viele Dokumente sind auf litauisch, estnisch, lettisch oder russisch – bedarf es sowohl einer intensiveren Kooperation zwischen den Historikern in den beteiligten Ländern als auch zwischen der Zeitgeschichte und der osteuropäischen Geschichte, um diese Desiderate zu beheben. Dabei sollte allerdings nicht verschwiegen werden, dass die Erkenntnisinteressen sich teils diametral entgegenstehen. Eine Ausdehnung des Untersuchungsrahmens auf die Zeit zwischen 1917/18 und 1990/91, wie sie etwa von vielen baltischen Historikern befürwortet wird, ließe nicht mehr die NS-Massenverbrechen und den Holocaust, sondern die Erfahrungsgeschichte der litauischen, lettischen, estnischen, polnischen und weißrussischen Bevölkerungsteile im 20. Jahrhundert ins Zentrum der Analyse rücken. Inwieweit man beide Erkenntnisinteressen miteinander verbinden kann, ist ein bislang ungelöstes Problem nicht nur der Forschung zur NS-Okkupationspolitik, sondern auch der allgemeinen Zeitgeschichte dieser Region. Vielleicht bringt der vom IZRG geplante Tagungsband, der 2010 erscheinen soll, weitere Auf-

schlüsse über diese wichtige Frage.

Konferenzübersicht:

Thema: Tatort „Reichskommissariat Ostland“

Moderation: Robert Bohn (Flensburg/Schleswig)

Grußwort des Präsidenten der Universität Flensburg

Robert Bohn (Flensburg/Schleswig): Einführung

Täter-Perspektiven

Andrej Angrick (Hamburg/Berlin): Von den Pogromen zu der Beseitigung der Spuren – Phasen der Vernichtungspolitik im Baltikum

Ernst Piper (Berlin): Zwischen Unterwerfung und Vernichtung. Die Politik des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete

Opfer-Perspektiven

Christoph Dieckmann (Keele/Frankfurt am Main): „Kollaboration“ und Widerstand in Litauen 1941-1944

Martin Dean (Washington): Ghettos in the „Generalkommissariat Weißruthenien“. Patterns of Ghettoization, Physical Conditions, and Jewish Responses

Abendvortrag

Wolfgang Benz (Berlin): Im Schatten von Auschwitz? Der Holocaust im Baltikum

Moderation: Winfried Heinemann (Potsdam)

Wissenschafts-Perspektiven

Malte Gasche (Helsinki): Die Vor- und Frühgeschichtsforschung im „Reichskommissariat Ostland“

Anastasia Antipova (Tübingen): Nationalsozialistische Sprachpolitik in Weißruthenien

Baltische Perspektiven

Tilman Plath (Flensburg/Schleswig): Widerstand und Kollaboration. Reaktionen der Bevölkerung der lettischen Region Latgalen

Matthew Kott (Oslo): Waffen-SS Recruitment in the „Reichskommissariat Ostland“: The Elusive Synthesis

Thema: Erinnerungsobjekt „Reichskommissa-

riat Ostland“

Moderation: Jochen Böhler (Warszawa)

Täter-Perspektiven

Uwe Danker (Flensburg/Schleswig): Geschichten und Geschichts-Konstruktionen für Gerichte und Öffentlichkeit: Täter narrationen am Beispiel des Hinrich Lohse

Peter Klein (Hamburg/Berlin): Bedingt sühnebereit. Otto Bradfisch (EK 8) und Artur Wilke (SiPo Minsk) in bundesdeutscher Straftaft

Verfolger-Perspektiven

Mats Deland (Stockholm): Hand of Vengeance Stayed: The Swedish Passivity towards Baltic War Criminals

Robert Bohn (Flensburg/Schleswig): Juristische Aufarbeitung von Kollaboration und Genozid im „Reichskommissariat Ostland“ in der Bundesrepublik Deutschland: Das Beispiel des Arajs-Verfahrens

Opfer-Perspektiven

Habbo Knoch (Celle/Göttingen): Der Blick auf die Opfer – Fotografische Repräsentation des Holocaust in der deutschen Erinnerungskultur

Moderation: Uwe Danker (Flensburg/Schleswig)

Wissenschafts-Perspektiven

Jörg Hackmann (Szczecin): Das „Reichskommissariat Ostland“ im Blick der deutschen Historiographie nach 1945

Klaus Bästlein (Berlin): Historiographische Aufarbeitung von Völkermord und Kollaboration im „Reichskommissariat Ostland“

Baltische Perspektiven

Karlis Kangeris (Stockholm/Riga): Probleme der Geschichtsschreibung über Okkupation und Genozid in den baltischen Staaten am Beispiel Lettlands

Joachim Tauber (Lüneburg): „Vergangenheitsbewältigung“ auf litauisch: Geschichtswissenschaft, Gesellschaft und der Holocaust in Litauen

Uwe Danker (Flensburg/Schleswig): Schlusswort

Tagungsbericht *Das „Reichskommissariat Ostland“. Tatort und Erinnerungsobjekt: Konstruktionen.* 28.05.2009–30.05.2009, Flensburg, in: H-Soz-Kult 19.06.2009.